NACHRICHTEN

Kroatien: Mitte-Links-Bündnis einigt sich

ZAGREB: Das bei den kroatischen Parlamentswahlen siegreiche Bündnis aus sechs Oppositionsparteien hat sich auf die Grundzüge einer gemeinsamen Regierung geeinigt. Ein Konzept des künftigen Ministerpräsidenten Ivica Racan für die neue Regierung und das Parlament sei angenommen worden. Das berichtete das kroatische Radio am Mittwoch. Die Einigung über den Ablauf künftiger Regierungsentscheidungen und die Struktur der Regierung soll in einer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben werden. Grundlage für die Verteilung der Ministerien und damit der Macht solle das Abschneiden der Parteien bei der Wahl sein, sagte der Sozialdemokrat Racan. Das Bündnis hatte am 3. Januar über die seit der Unabhängigkeit regierende Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) gesiegt.

Irak lässt Atomexperten ins Land

BAGDAD: Irak ist nach eigenen Angaben nach mehr als einjähriger Pause bereit, seine Atomanlagen durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) kontrollieren zu lassen. Die Kontrollen stehen jedoch nicht im Zusammenhang mit den Abrüstungskontrollen der UNO. Der Vertreter des Aussenministeriums Nisar Hamdun sagte am Mittwoch, eine Expertengruppe werde ab dem 21. Januar zu einwöchigen Kontrollen erwartet. Die IAEO wolle damit die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages überprüfen. In ihrem jüngsten Bericht aus dem vergangenen Jahr hatte die Organisation erklärt, Irak sei offenbar nicht mehr in der Lage, an Atomwaffen zu gelangen. Es gebe dafür jedoch keine «absolute Sicherheit». Ausserdem hatte die Organisation die irakische Führung zu mehr Transparenz aufgefordert.

Krenz muss Haftstrafe antreten

KARLSRUHE: Der letzte DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz muss seine Haftstrafe wegen Totschlags nun doch antreten. Das deutsche Verfassungsgericht hat am Donnerstag beschlossen, eine Verfassungsbeschwerde von Krenz nicht zur Entscheidung anzunehmen. Die Ablehnung des Bundesverfassungsgerichts (BVG), dem obersten deutschen Gericht, wurde mit mangelnden Erfolgsaussichten begründet. Krenz wollte mit Hilfe des BVG so lange auf freiem Fuss bleiben, bis sein Fall vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Den Haag verhandelt wird. Krenz, der bereits im Dezember zum Haftantritt geladen worden war, muss seine Strafe nach Angaben der Berliner Justiz nun unverzüglich antreten. Der 62-Jährige war am 8. November vom deutschen Bundesgerichtshof (BGH) wegen der Todesschüsse an der innerdeutschen Grenze zu einer Haftstrafe von sechseinhalb Jahren verurteilt worden.

Autobombe im Baskenland sichergestellt

BILBAO: Nach einer zehntägigen Suchaktion hat die Polizei in Nordspanien am Mittwoch eine Autobombe der baskischen Separatistenorganisation ETA sicher gestellt. Die Beamten hatten zuvor in der Ortschaft Ochandiano bei Bilbao von der Stadtverwaltung den Hinweis erhalten, dass in der Nähe des Rathauses ein verdächtiger Wagen abgestellt worden war. Sie entdeckten nach Angaben der Polizei in dem Fahrzeug 20 Kilogramm Sprengstoff und Zünder. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass ETA-Terroristen mit der Autobombe in Bilbao einen Anschlag auf einen vorbeifahrenden Polizeikonvoi verüben wollten. Fünf mutmassliche Mitglieder des ETA-Kommandos waren in der vorigen Woche festgenommen worden.

Gnadengesuche abgelehnt

BERLIN: Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, hat die Gnadengesuche für die früheren Politbüromitglieder der DDR-Einheitspartei SED, Egon Krenz, Günter Schabowski und Günther Kleiber abgelehnt. Das habe Diepgen am Mittwoch nach der Anhörung des vom Parlament eingesetzten Gnadenausschusses entschieden, teilte die Senatsverwaltung in Berlin mit. Die Gnadengesuche waren von mehreren Bürgern eingereicht worden.

Schäuble: Weiter als CDU-Chef

Massive Kritik wegen Spende - Kein Verzicht auf Parteivorsitz

BERLIN: **Der Chef der deutschen Christdemokraten (CDU), Wolfgang Schäuble, will trotz massiver Kritik an einer 1994 von ihm entgegengenommenen Spende das Führungsamt weiter ausüben. Er wolle auch beim Parteitag im April wieder als Vorsitzender kandidieren, sagte er der «Bild-Zeitung».**

Er räumte ein, dass die späte Offenbarung der Parteispende ein Fehler gewesen sei. Schäuble widersprach in dem Interview für die Donnerstag-Ausgabe von «Bild» Mutmassungen, dass er beim nächsten CDU-Parteitag vom 9. bis 11. April in Essen auf eine neue Kandidatur für das Amt des Vorsitzenden verzichte.

Einen solchen Schritt erwarteten Mitglieder der CDU-Führung, hatte am Mittwoch die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» berichtet. Sie hatte allerdings schon hinzugefügt, Schäuble habe dieser Einschätzung widersprochen. Zur Frage eines Verzichts auf eine neue Kandidatur sagte der CDU-Chef nun «Bild»: «Das ist Unfug, ich trete wieder an!» Er werde die Delegierten bitten, ihm erneut ihr Vertrauen zu schenken.

Trotz massivem Gegenwind lässt sich Wolfgang Schäuble nicht von seinem Weg abbringen. (Bild: Keystone)

Wenn er sich bei der Parteispende des Waffenhändlers Karlheinz Schreiber etwas vorzuwerfen habe, dann sei es der Fehler, nicht früher darüber die Öffentlichkeit informiert zu haben. «Das tut mir heute leid.»

Schäuble versicherte, mit Schreiber damals nicht über dessen Panzer-Projekt in Kanada gesprochen zu haben. Er sei mit diesem und anderen zusammengekommen, um Spenden für den Wahlkampf zu sammeln. Der Waffenhändler, der in Kanada gegen seine Auslieferung nach Deutschland kämpft, hatte dagegen erklärt, Schäuble müsse sein Interesse bekannt gewesen sein.

CDU-Generalsekretärin Angela Merkel sagte der Wochenzeitung «Die Zeit», sie habe keine Anhaltspunkte für weitere Enthüllungen in der Spendenaffäre. Schäuble habe «den richtigen Versuch» unternommen, den Sachverhalt als Ganzes aufzuklären, und sich deshalb erst jetzt offenbart.

Die Vize-Vorsitzende der CDU, Annette Schavan, warnte vor einer Zerreissprobe für die Partei. «Ich hoffe, dass wir jetzt nicht kopflos werden und uns nüchtern und klar um das kümmern, was wir tun müssen», erklärte sie am Morgen im DeutschlandRadio Berlin.

Der Generalsekretär der bayerischen Schwesterpartei Christlich Soziale Union (CSU), Thomas Goppel, hielt Schäuble ein Glaubwürdigkeitsproblem vor. Ob dieser sich etwas vorzuwerfen habe, müsse er letztlich für sich selbst beurteilen, sagte Goppel im Südwestrundfunk. Er sehe aber keinen Grund für einen Rücktritt, da Schäuble jetzt alles auf den Tisch gelegt habe.

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) widersprach derweil in Kiel Mutmassungen ausländischer Medien, die Spendenaffäre zeige Defizite in Deutschland insgesamt.

Auf die Frage einer dänischen Journalistin, ob die Bundesrepublik Züge einer Bananenrepublik trage, sagte Schröder, Kritik an der CDU-Spendenpraxis dürfe nicht verallgemeinert werden: «Entwicklungen wie die, die wir jetzt in der Union zur Kenntnis nehmen müssen, dürfen nicht als Manko wahrgenommen werden, das die ganze Republik betrifft.»

CH-Botschaft in Skopje

BERN: Die Schweiz hat neu eine Botschaft in Mazedonien. Botschafter Stephan Nellen überreichte am Mittwoch dem madezonischen Präsidenten Boris Trajkovski das Beglaubigungsschreiben und ist somit in seiner Funktion eingesetzt. Mit der Eröffnung der Botschaft in Skopje ist die Schweiz nun in allen Staaten im Balkan präsent. Dies habe sich aufgrund der jüngsten Entwickung aufgedrängt, sagte Nellen der Nachrichtenagentur sda auf Anfrage. Die strategische Lage Mazedoniens habe sich vor allem im Kosovo-Krieg gezeigt. Die Schweiz wolle die bilaterale Zusammenarbeit mit Mazedonien in den Bereichen technische, finanzielle und humanitäre Hilfe verstärken, so Nellen. Die Botschaft in Skopje verfüge zurzeit über rund ein Dutzend Mitarbeitende. Für die Schweiz habe es grosse Bedeutung, vor Ort vertreten zu sein, unter anderem auch wegen der grossen Kolonie Mazedonier in der Schweiz. Eine Vertretung könne den Dialog im Migrationsbereich verstärken, sagte Nellen.

Moskau: Streit mit Georgien

Kaukasus: Moskau bekräftigt These der Bombenanschläge

MOSKAU: **Die russische Führung hat ihre Behauptungen bekräftigt, bei den Bombenanschlägen gegen Wohnhäuser in Russland im vergangenen Herbst gebe es eine «tschetschenische Spur». Moskau hatte diese Anschläge mit über 300 Toten mit zum Anlass für den Feldzug im Kaukasus genommen.**

Russische Einheiten hätten in der Ortschaft Urus-Martan ein Rebellenlager gefunden, in dem Sprengstoff entdeckt worden sei, erklärte der Sekretär des nationalen Sicherheitsrates, Sergej Iwanow. Die chemische Zusammensetzung entspreche der des bei den Anschlägen benutzten Sprengstoffs. Russische Soldaten eroberten Fernsehberichten zufolge die Stadt Schali zurück, die am Wochenende vorübergehend in die Hand der Rebellen gefallen war.

Nach tagelangen Abwehrkämpfen um die Ortschaften Schali, Argun und Gudermes nahe der Hauptstadt Grosny konzentrierte das Militär die Angriffe wieder auf die Berge im Süden. Dort sollen Fallschirmjäger-Einheiten die Nachschubwege der Rebellen in das benachbarte Georgien abschneiden.

Die russische Militärstaatsanwaltschaft nahm nach Berichten über den Verkauf von Waffen durch russische Soldaten in Georgien an tschetschenische Rebellen Ermittlungen auf. Die Ermittler hätten dabei eine in Georgien stationierte russische Einheit im Visier, deren Waffen- und Munitionsbestände überprüft werden sollen. Verteidigungsminister Igor Sergejew wies die Berichte aus Georgien kategorisch zurück.

Der georgische Parlamentspräsident Surab Schwanija hatte am Vortag in Tiflis erklärt, auf russischen Militärstützpunkten in Georgien würden Waffen an die Rebellen verkauft. Das georgische Fernsehen hatte eine Videoaufzeichnung ausgestrahlt, auf der das Beladen eines Personenwagens mit Munitionskisten zu sehen war. Moskau hatte Georgien in den vergangenen Wochen wiederholt beschuldigt, Waffen an die tschetschenischen Rebellen zu liefern und ihnen den Transport von Nachschub durch Georgien in die Kampfzonen im Kaukasus zu erlauben.

Sergejew wies einen erneuten Aufruf des tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow zu einem politischen Dialog über die Zukunft der Kaukasus-Republik zurück. Der Feldzug werde entsprechend der Anweisung des Übergangspräsidenten Wladimir Putin bis zum Ende fortgesetzt. Auch die tschetschenische Hauptstadt Grosny werde «früher oder später eingenommen», sagte Sergejew. Die Weihnachten eingeleitete russische Offensive gegen Grosny hatte sich bereits kurz nach Beginn festgefahren.

In Grosny gab es in der Nacht wieder heftige Kämpfe. Dabei wurden laut russischem Fernsehsender NTW zahlreiche tschetschenische Rebellen getötet.

Nach Informationen eines AFP-Korrespondenten wurde die Grenze zwischen Tschetschenien und Inguschetien für Männer zwischen zehn und 60 Jahre in beide Richtungen für unbestimmte Zeit geschlossen. Der russische Kommandant Viktor Kasanzew hatte am Vortag angekündigt, ab Mittwoch würden nur noch Kinder bis zu zehn Jahren, Frauen und Alte als Zivilisten gelten.

Weizman: Rücktritt?

Anzeichen für Rücktritt von Israels Präsident mehren sich

JERUSALEM: **In Israel mehren sich die Anzeichen, dass ein Rücktritt von Staatspräsident Eser Weizman kurz bevorstehen könnte. Hintergrund ist eine Affäre um Spenden in Höhe von rund 280 000 Dollar.**

Medien berichteten, die Staatsanwaltschaft arbeite gemeinsam mit Weizmans Anwälten an einem Kompromiss: Der Präsident werde unter Wahrung seiner Ehre zurücktreten, und die Staatsanwaltschaft werde im Gegenzug die Affäre um Geldgeschenke eines französischen Millionärs nicht weiter verfolgen.

Weizmans Anwalt Jaakov Weinroth und Generalstaatsanwalt Eljakim Rubinstein dementierten diese Berichte jedoch. «Dies ist ein sehr sensibles Thema», sagte Rubinstein. «Es gibt keinen Handel, sondern eine faire Überprüfung.» Man werde den Fall Weizman so schnell wie möglich untersuchen und die Schlussfolgerungen veröffentlichen.

Nach Medienberichten hielt sich Weizmans anderer Rechtsanwalt, Chanina Brandes, am Mittwochnachmittag bei der Staatsanwaltschaft in Jerusalem auf. Er solle dort eine schriftliche Erklärung unterzeichnen, nach der er Weizman gegenüber die Geldgeschenke des französischen Millionärs Edouard Saroussi tatsächlich als vollkommen legal bezeichnet habe.

Sollte Brandes die Erklärung unterzeichnen, könnte die Staatsanwaltschaft nach Angaben des Rundfunks in der Stellungnahme schreiben, Weizman habe sich auf den falschen Rat seines Anwalts verlassen und daher bei der Steuerbehörde die Geschenke nicht gemeldet. Nach einer solchen Stellungnahme könnte Weizman unter Wahrung seines Gesichts zurücktreten, hiess es. Weizmans Anwälte hatten der Staatsanwältin Edna Arbel am Dienstagabend einen detaillierten Bericht über die Geldgeschenke übermittelt. Im Bericht Weizmans heisst es nach Medienberichten, es handle sich um das Geschenk eines Freundes allein für private Zwecke.

Saroussi habe Weizman vor Beginn von dessen Amtszeit in einem Zeitraum von sechs Jahren knapp 285 500 Dollar übermittelt, nicht wie zuvor berichtet 450 000 Dollar. Das Geld sei für die Pflege von Weizmans kriegsverletztem Sohn Schaul bestimmt gewesen.

Tschernobyl: Kultivierung

KIEW: [illegible] 1986 ex-[illegible] Tscher-[illegible] Landwirt, [illegible] Die Fläche [illegible] Programm ist [illegible] Kartoffeln [illegible] Sprecher [illegible] Minister [illegible] Schutz, [illegible] in [illegible] die [illegible] Minister [illegible]